

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

(A) Rechnungshofs zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung.

Abzustimmen ist über die Überweisung beider Vorlagen an den Ausschuß für Haushaltskontrolle. Wer dem zustimmen möchte, der mag das Handzeichen geben. - Gegenprobel - Stimmenthaltung? - Dann haben wir so beschlossen.

Wir kommen zu:

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übertragung landesrechtlicher Geschäfte auf den Rechtspfleger

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2941

Beschlußempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 12/3120

(B)

zweite Lesung

Nach der genannten Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses soll der Gesetzentwurf unverändert angenommen werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine Debatte nicht vorgesehen. Ich lasse daher über die Beschlußempfehlung abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobel - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen und der Gesetzentwurf Drucksache 12/2941 in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

10 13. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Dezember 1996

Vorlage 12/1306

in Verbindung damit:

Stellungnahme der Landesregierung zum 13. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Dezember 1996

Vorlage 12/2039

sowie

Fünfter Bericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörden

Vorlage 12/2040

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 12/3075

(D)

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Jentsch für die Fraktion der SPD das Wort.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mitglieder des Innenausschusses haben ausführlich und zum Teil kontrovers in der letzten Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung über den vorliegenden Bericht diskutiert. Wir haben übereinstimmend feststellen können, daß der Datenschutz angesichts zunehmender Komplexität der Verhältnisse auch künftig eine herausragende Stellung einnehmen muß.